

Krisen- und Konfliktmanagement der EU und die Rolle der Streitkräfte – Ausgewählte Aspekte

Hans Lampalzer

Einleitung

November 2018: Die Übung *EU Hybrid Exercise Multilayer 18 (Parallel and Coordinated Exercise)* oder auch *EU HEX-ML 18 (PACE)* geht in ihre entscheidende Phase. Ziel der Übung ist es, die Fähigkeit der EU zur Reaktion auf eine komplexe hybride Krise mit interner und externer Dimension sowie die Zusammenarbeit mit der NATO in einem sicheren Umfeld zu verbessern und auszubauen.¹ Es handelt sich um die bis dato größte EU-Übung im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), an der sowohl Strukturen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der Europäischen Kommission (EK), des Rates der Europäischen Union als auch die Mitgliedsstaaten (MS) teilnehmen. Im Zuge der Vorbereitungen wurden von den MS unter anderem auch Szenarien zu Gesundheit, Desinformation und konsularischer Unterstützung als zu trainierende Inhalte ausgewählt. Wengleich das Engagement und der Fokus der MS teils unterschiedlich gelagert sind, erfordert die Übungsannahme insgesamt eine gesamtstaatliche Koordinierung und verbessert damit das für die Bewältigung einer realen Krise unabdingbare Kennen von Strukturen, Entscheidungsabläufen und Handlungsträgern. Die Übung *EU HEX-ML 18 (PACE)* endet mit der Etablierung einer militärischen und zivilen Mission und deren Zusammenarbeit in einem externen fiktiven Staat.

Etwas mehr als ein Jahr danach wird das europäische und gesamtstaatliche Krisen- und Konfliktmanagement zur Notwendigkeit. Zweifellos existieren große Unterschiede in der Anlage des Übungsszenarios und der Bewältigung von COVID-19. Nichtsdestotrotz liegt es nahe, einen Blick auf ausgewählte angewandte Krisenmechanismen der EU, die Rolle der Streitkräfte während

¹ Council of the European Union, General Secretariat: *EU HEX-ML 18 (PACE) European Union Hybrid Exercise Multilayer 18 (Parallel and Coordinated Exercise) Exercise Instructions (EXINST)* (26 October 2018). <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13577-2018-INIT/en/pdf>, abgerufen am 18.08.2020.

der Pandemie sowie Entwicklungen in der GSVP zu werfen. Meist wird dabei der Chronologie der Ereignisse gefolgt und dargestellt, auf welche Mechanismen zurückgegriffen bzw. was neu entwickelt wurde sowie welche unmittelbaren Prioritäten gesetzt wurden. Ebenso wird das beobachtbare Phänomen der Desinformation behandelt.

Auslösung des EU Integrated Political Crisis Response (IPCR) Mechanismus

Am 31.12.2019 wurde die Weltgesundheitsorganisation WHO über Fälle von Lungenentzündung mit unbekannter Ursache in Wuhan, der Hauptstadt der zentralchinesischen Provinz Hubei, informiert und knapp eine Woche später, am 07.01.2020, identifizierten die chinesischen Behörden ein neuartiges Coronavirus als Ursache, das vorläufig *2019-nCoV* benannt wurde.² Die WHO bezeichnete am 30.01.2020 die Situation als einen öffentlichen Gesundheitsnotstand von internationaler Besorgnis.³ In Europa entwickelte sich Italien als der am schwersten von der Pandemie betroffene Staat und verhängte als erstes Land am 31.01.2020 den Ausnahmezustand. Des Weiteren verhängte die italienische Regierung eine Reihe von restriktiven Maßnahmen zur Eindämmung und Bewältigung des epidemiologischen Notstands im Zusammenhang mit COVID-19.⁴

² World Health Organization, Regional Office for Europe: Coronavirus disease (COVID-19) pandemic. <https://www.euro.who.int/en/health-topics/health-emergencies/coronavirus-covid-19/novel-coronavirus-2019-ncov>, abgerufen am 18.08.2020.

³ World Health Organization: Statement on the second meeting of the International Health Regulations (2005) Emergency Committee regarding the outbreak of novel coronavirus (2019-nCoV) (30 January 2020). [https://www.who.int/news-room/detail/30-01-2020-statement-on-the-second-meeting-of-the-international-health-regulations-\(2005\)-emergency-committee-regarding-the-outbreak-of-novel-coronavirus-\(2019-ncov\)](https://www.who.int/news-room/detail/30-01-2020-statement-on-the-second-meeting-of-the-international-health-regulations-(2005)-emergency-committee-regarding-the-outbreak-of-novel-coronavirus-(2019-ncov)), abgerufen am 21.08.2020.

⁴ World Health Organization, Regional Office for Europe: Country Information. <https://www.euro.who.int/en/health-topics/health-emergencies/coronavirus-covid-19/country-information>, abgerufen am 18.08.2020.

Drei Tage zuvor, am 28.01.2020, aktivierte die kroatische Ratspräsidentschaft den EU *Integrated Political Crisis Response (IPCR)* Mechanismus im sogenannten Modus des Informationsaustausches (*information-sharing mode*), welcher einen integralen Bestandteil des EU-Krisenreaktionsinstrumentariums darstellt. Dieser wurde unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11.09.2001 als politischer Koordinierungsrahmen auf höchster Ebene im Falle von außergewöhnlichen Krisen angeregt und im Juni 2013 durch den Rat der Europäischen Union angenommen.⁵ Unter Krise sind dabei sowohl Natur- als auch von Menschenhand geschaffene Katastrophen zu verstehen, welche innerhalb oder außerhalb der EU liegen können. Die Aktivierung kann einerseits durch die Ratspräsidentschaft oder auf Ersuchen eines MS unter Berufung auf die Solidaritätsklausel⁶ nach Artikel 222 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erfolgen. Möglich ist ebenso eine vorgelagerte Beobachtung (*Monitoring*)⁷. Im Falle von COVID-19 zog die Aktivierung des IPCR-Mechanismus durch Kroatien u.a. die Verpflichtung für die Kommission und den Auswärtigen Dienst nach sich, maßgeschneiderte Berichte⁸ zu verfassen, welche zu einem gemeinsamen Lageverständnis beitragen und eine rasche und koordinierte Entscheidungsfindung sowie Reaktion auf höchster politischer Ebene unterstützen sollten (Siehe Abbildung 1).

⁵ European Council, Council of the European Union: The EU integrated political crisis response - IPCR - arrangements in brief (17 April 2020). <https://www.consilium.europa.eu/en/documents-publications/publications/the-eu-integrated-political-crisis-response-ipcr-arrangements/>, abgerufen am 19.08.2020.

⁶ Anm.: Der Ursprung der Solidaritätsklausel geht ebenso auf einen Terroranschlag zurück, jenen in Madrid im Jahr 2004.

⁷ Anm.: Diese umfasst ein freiwilliges Teilen von Informationen auf der sog. *IPCR Web Plattform*.

⁸ Anm.: *Integrated Situational Awareness and Analysis (ISAA) report*.

Die drei Betriebsarten des Integrated Political Crisis Response (IPCR) Mechanismus

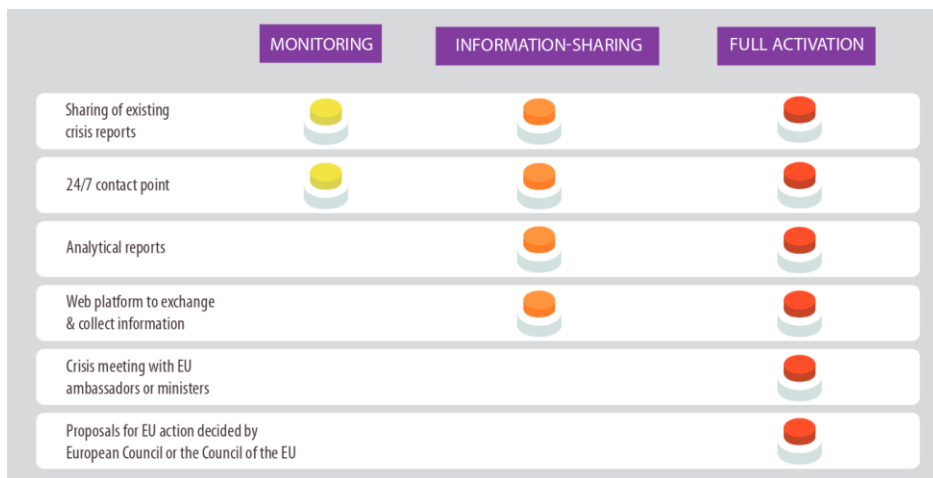


Abb. 1: "How does the Integrated Political Crisis Response (IPCR) mechanism work?", Council of the European Union, General Secretariat, <https://www.consilium.europa.eu/media/37635/ipcr-final.pdf>, abgerufen am 19.08.2020.

Am gleichen Tag wurde auf Ersuchen Frankreichs ebenso der *EU Civil Protection Mechanism*⁹ aktiviert, welcher der EK eine wichtige koordinierende Rolle im Zivilschutz zwischen den MS zukommen lässt. Konkret wurde damit die Repatriierung von an die 250 französischen Staatsbürgern und weiteren 100 sonstigen EU-Bürgern aus Wuhan unterstützt.¹⁰ Insgesamt gelang es im Zuge der konsularischen Unterstützung, unter großen Anstrengungen und dank sehr guter Koordination zwischen den MS, mehr als 350.000 EU-Bürger in ihre Heimatländer zurückzubringen.

Sehr rasch zeichnete sich eine weitere Verschärfung der Krise ab. Ende Februar meldete Italien eine signifikante Erhöhung der Fallzahlen in den nördlichen Provinzen und auch die meisten anderen MS berichteten über die ersten Fälle. Der Bedarf an einer intensivierten Koordination veranlasste die

⁹ Anm.: Der Mechanismus wurde 2001 geschaffen und seither wurde damit auf mehr als 300 Hilfsersuchen innerhalb und außerhalb der EU reagiert.

¹⁰ European Commission: Coronavirus: EU Civil Protection mechanism activated for the repatriation of EU citizens, Press Release (28 January 2020). https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_142, abgerufen am 21.08.2020.

kroatische Ratspräsidentschaft am 02.03.2020 zur Aktivierung des IPCR im vollen Ausmaß, dem so genannten *full activation mode*. Diese Entscheidung erhöhte einerseits aus politischer Sicht die der Krise zugemessene Bedeutung, und ermöglichte andererseits im Wege von außerordentlichen Treffen von Repräsentanten der EU und von Mitgliedsstaaten auch die Vorbereitung von Handlungsvorschlägen. Am 11.03.2020 erklärte schließlich der WHO-Generalsekretär im Lichte der Verbreitung außerhalb Chinas, dass die Krankheit als Pandemie eingestuft werden könne. Bis dahin wurde über mehr als 118.000 Fälle in 114 Ländern bei 4.291 Toten berichtet.

Am 10.03.2020 trat der Europäische Rat im Zuge einer Videokonferenz zu COVID-19 zusammen. Die Staats- und Regierungschefs der EU betonten dabei die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und eines gemeinsamen europäischen Ansatzes sowie einer engen Abstimmung mit der Kommission. Zum Ziele der Koordinierung als auch gemeinsamen Ausrichtung wurde empfohlen, dass sich die Gesundheits- und Innenminister täglich beraten sollten. Vier prioritäre Bereiche wurden beschlossen:

1. Die Begrenzung der Ausbreitung des Virus, wobei die Gesundheit der Bürger oberste Priorität haben sollte und alle zu treffenden Maßnahmen dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit für die Gesellschaft als Ganzes folgen müssten. Der dabei notwendige Austausch von Information hätte über bestehende Koordinierungsmechanismen – den IPCR – zu erfolgen.
2. Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung und Auftrag an die Kommission, neben einer Bedarfsanalyse auch Initiativen zur Vermeidung von Engpässen zu entwickeln. Ein weiterer Auftrag lautete, über die Kommission im Rahmen des Katastrophenschutzes persönliche Schutzausrüstung anzukaufen.
3. Die Förderung der Forschungsanstrengungen einen Impfstoff zu entwickeln und
4. die Bewältigung der sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie für alle Betroffenen.¹¹

¹¹ European Council, Council of the European Union: Conclusions by the President of the European Council following the video conference on COVID-19 (10 March 2020). <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/03/10/statement-by-the-president-of-the-european-council-following-the-video-conference-on-covid-19/>, abgerufen am 21.08.2020.

Wenige Tage später, am 19.03.2020, beschloss die EK in Verfolgung der Empfehlungen, erstmals einen strategischen Lagerbestand an medizinischer Ausrüstung anzulegen. Dieser auch *rescEU* genannte Lagerbestand umfasste u.a. Ausrüstung zur medizinischen Intensivbetreuung wie Ventilatoren, persönliche Schutzausrüstung, Impfstoffe und Arzneimittel sowie Laborzubehör. 90% des Lagerbestandes im Wert von 50 Mio. Euro wurden von der Kommission finanziert, die Verteilung der Güter unter die Obhut des *Zentrums für Koordination von Notfallmaßnahmen (Emergency Response Coordination Centre/ERCC)* gestellt.¹²

Die Rolle der Streitkräfte

Welche Rolle kam den Streitkräften der MS zu und welche Implikationen der Pandemie wurden zu diesem Zeitpunkt im Rahmen der GSVP diskutiert? Am 06.04.2020 trafen dazu erstmals die Verteidigungsminister im Zuge einer Videokonferenz zusammen. Kapazitätsmäßig waren zu diesem Zeitpunkt viele MS in diversen Bereichen an ihren Grenzen angelangt bzw. wurde auch in 15 von 27 EU-Staaten der Ausnahmezustand¹³ verhängt. Die Streitkräfte begannen, Assistenzaufgaben für staatliche sowie zivile Institutionen wahrzunehmen.

Im April 2020 betrug dafür die Zahl der eingesetzten Streitkräfte in den EU-MS bis an die 140.000. Wie in Abbildung 2 dargestellt, wurde eine Vielzahl an Tätigkeiten wahrgenommen. Ihr Spektrum umfasste beispielsweise in Österreich – unbeschadet der laufenden Einsätze im Inland (sicherheitspolizeilicher Assistenzinsatz Migration) und Ausland sowie der Ausbildung – den Transport von essentiellen Gütern, die Sicherstellung der Warenauslieferung von Supermärkten, den Lufttransport im Zuge der Repatriierung von Staatsbürgern, Assistenzleistungen gem. §2 Abs.1 lit.b. Wehrgesetz zur Unterstützung der Maßnahmen des Innenministeriums im Rahmen der Grenzkontrollen sowie zum Zwecke des Schutzes kritischer Infrastruktur oder

¹² European Commission: European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations, COVID-19 Commission creates first ever rescEU stockpile of medical equipment (19 March 2020). https://ec.europa.eu/echo/news/covid-19-commission-creates-first-ever-resceu-stockpile-medical-equipment_en, abgerufen am 24.08.2020.

¹³ Anm.: Belgien, Bulgarien, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn.

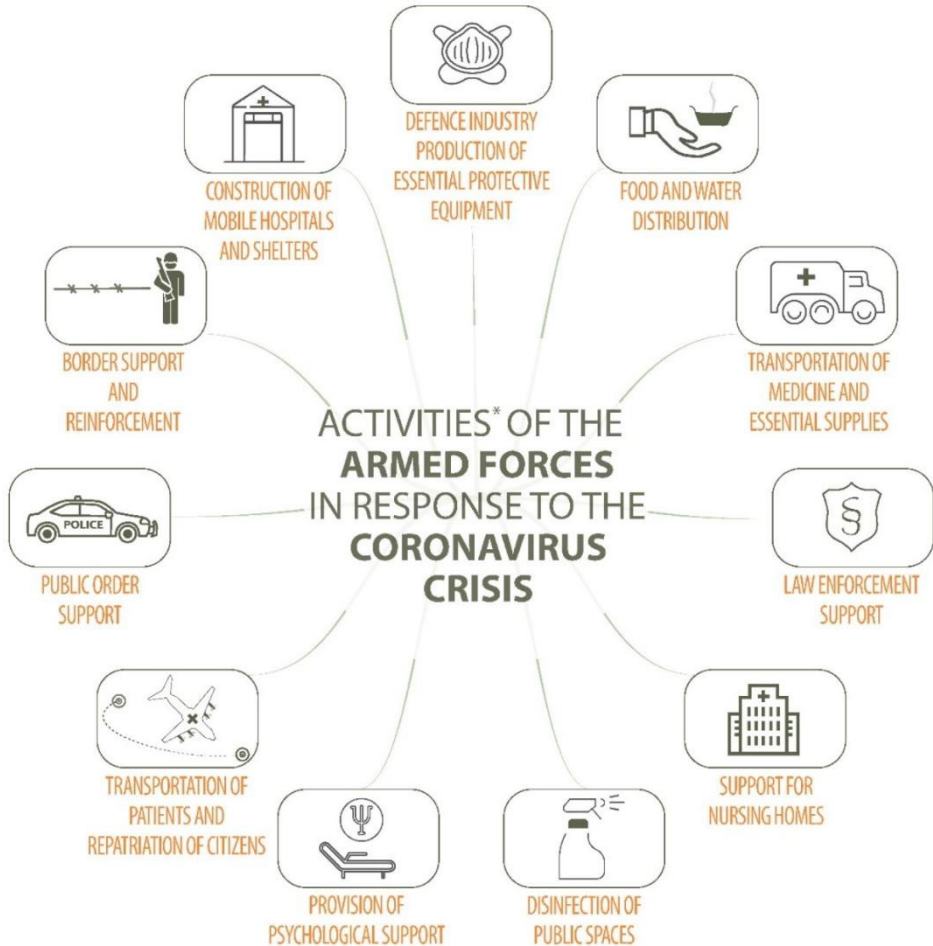
auch die Desinfektion von Einrichtungen. In anderen EU-MS wurden darüber hinaus beispielsweise Sanitätskräfte für vielfältige Aufgaben eingesetzt (u.a. Italien, Frankreich und Spanien), leistete das *Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw)* Unterstützung bei der raschen Beschaffung von Schutzausrüstung für den Gesundheitsbereich, wurden Streitkräfte zur Verstärkung der Grenzkontrollen (Rumänien) eingesetzt oder leisteten psychologische Unterstützung für Menschen in Quarantäne bzw. COVID-19-Patienten (Polen). Darüber hinaus kam es auch zu regionalen Initiativen mit Nicht-EU-Staaten. So verstärkten beispielsweise die Nordischen Staaten ihre militärische Kooperation im Kampf gegen die Pandemie. Die Verteidigungsminister von Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen und Island verständigten sich auf eine Zusammenarbeit bei gemeinsamen Evakuierungsoperationen, der Lufttransportunterstützung und beim Informationsaustausch.¹⁴

Bei der Unterstützung im Kampf gegen die Pandemie leistete die europäische Verteidigungsindustrie ebenso ihren Beitrag. Unbeschadet des Lock-downs in den einzelnen MS wurden vorwiegend prioritär benötigte Güter wie Desinfektionsmittel und intensiv-medizinische Ausrüstungsgüter produziert. Unter anderem wurden dabei in Deutschland, Griechenland, Italien, Rumänien und Spanien Schutzausrüstung, Masken und Beatmungsgeräte hergestellt.¹⁵

¹⁴ European Parliamentary Research Service, Latici Tania: The role of armed forces in the fight against coronavirus (April 2020). [https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI\(2020\)649401_EN.PDF](https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI(2020)649401_EN.PDF), abgerufen am 26.08.2020.

¹⁵ Ebd.

Beitragsleistungen der Streitkräfte in Reaktion auf die COVID-19 Pandemie



* These represent non-exhaustive examples of European armed forces' support to civilian authorities

Abb. 2: “Armed forces’ contributions in response to the Covid-19 pandemic”, in “The role of armed forces in the fight against coronavirus”, European Parliamentary Research Service, p.2. [https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI\(2020\)649401_EN.PDF](https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI(2020)649401_EN.PDF), abgerufen am 26.08.2020.

Europäische Anstrengungen und Entwicklungen in der GSVP

Bei der Videokonferenz der Verteidigungsminister kam man überein, das Aufsetzen einer eigenen EAD Task Force, geführt durch den EU-Militärstab, zu prüfen. Die sehr rasch in die Praxis umgesetzte Überlegung war, den Informationsaustausch und das Teilen von bewährter Praxis hinsichtlich militärischer Unterstützungsleistungen unter den MS mithilfe einer Informationsplattform¹⁶ voranzutreiben. Darüber hinaus sollten auch Bemühungen zur Stärkung der strategischen Kommunikation vorangetrieben und Lehren für die Zukunft identifiziert werden. Des Weiteren wurde die Task Force beauftragt, eine enge Zusammenarbeit mit dem *Directorate-General for Civil Protection and Humanitarian Aid Operations (DG ECHO)* der Europäischen Kommission, inklusive dem *Emergency Response Coordination Centre (ERCC)* zu suchen und informelle Kontakte zur NATO, inklusive dem *Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre (EADRCC)*, zu halten.¹⁷ Ein anderer Tagesordnungspunkt auf der Agenda umfasste die Lagebeurteilung der sechs militärischen Operationen bzw. Missionen im Rahmen der GSVP. Die Bedeutung einer aufrechten militärischen EU-Präsenz, insbesondere in instabilen Ländern und Regionen, wurde dabei unterstrichen.¹⁸

Knapp einen Monat später, am 12.05.2020, kam es erneut zu einem virtuellen Zusammentreffen. In der Zwischenzeit war die o.a. Task Force etabliert worden. Der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Josep Borrell, führte aus, dass sich in den kommenden Jahren COVID-19 negativ auf das Sicherheitsumfeld auswirken dürfte und es insofern noch wichtiger sein würde, „den Bereich Sicherheit und Verteidigung der EU zu stärken.“¹⁹ Einigkeit bestand unter den MS auch darin, dass trotz der Einschränkungen durch die Pandemie, die EU-Präsenz im Rahmen der GSVP unter Gewähr-

¹⁶ Anm.: Centralised Information-Sharing Platform (CIP).

¹⁷ European External Action Service: COVID-19, Lessons and Implications for EU Security and Defence (May 2020). https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/factsheet-covid-19_lessons.pdf, abgerufen am 17.08.2020.

¹⁸ European Council, Council of the European Union: Video conference of foreign affairs ministers (defence), (6 April 2020). <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2020/04/06/>, abgerufen 24.08.2020.

¹⁹ Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union: Videokonferenz auf Ministerebene „Verteidigung“ (12. Mai 2020). <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/05/12/>, abgerufen am 28.08.2020.

leistung der Sicherheit des Personals aufrechtzuerhalten ist.²⁰ Ziel war es ebenso, Lehren und Implikationen zu Sicherheit und Verteidigung in Zeiten von COVID-19 auszumachen.

Fünf wichtige Lessons Learned stellen den Ausgangspunkt dar:

1. Solidarität: In der Krise wurde EU-weit das Militär in verschiedenen Aufgaben eingesetzt. Die dabei gezeigte Einheit und Solidarität innerhalb der EU ist zu erhalten und auch zu demonstrieren. Die Task Force, als auch die errichtete Plattform, sollen bei der Bekämpfung der Pandemie unterstützen und die Arbeit erleichtern.
2. Reaktionsfähigkeit: Die EU-Reaktionsfähigkeit ist im Falle einer Verschlechterung der Sicherheitslage gemeinsam unter Anwendung des EU *integrated approach*²¹ und Nutzung der GASP²²/GSVP-Instrumente sicherzustellen.
3. Einsatzbereitschaft: COVID-19 hat gezeigt, dass die Einsatzbereitschaft und Resilienz der EU kontinuierlich zu stärken sind. Verwundbarkeiten wie u.a. bei Cybersicherheit, bei hybriden Bedrohungen und bei Desinformation sind weiter zu beurteilen sowie eine Verbesserung der zivil-militärischen Kooperation u.a. durch Übungen und Trainings zu erwirken.
4. Fähigkeiten: Sowohl zivile als auch militärische Lehren und Implikationen für EU-Initiativen zur Fähigkeitenentwicklung sind zu ziehen. Für die Erhöhung der Einsatzbereitschaft und Resilienz der EU sind bereits jetzt EU-PESCO²³-Projekte von Bedeutung, welche ggf. anzupassen sind.

²⁰ Ebd.

²¹ Anm.: Darunter wird ein Rahmen für ein kohärenteres und holistischeres Handeln der EU im Falle von externen Krisen verstanden. Er kann mit den Schlagworten *multi-dimensional* (die verschiedenen Strategien und Instrumente wie Diplomatie, Sicherheit, Verteidigung, Finanz, Handel, Entwicklungskooperation und humanitäre Hilfe), *multi-level* (Anwendung auf der lokalen, nationalen, regionalen und globalen Ebene), *multi-phase* (in allen Phasen von Konflikten) sowie *multilateral* (EU MS, EU-Institutionen sowie andere internationale und regionale Partner und Zivilgesellschaft) umrissen werden.

²² Anm.: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

²³ Anm.: Permanent Structured Cooperation (PESCO)

5. Partnerschaften: Die Auswirkungen der Krise auf die Partnerschaftspolitik sollten auch im Hinblick auf die Folgemaßnahmen zur Pandemie überprüft werden, der verstärkte Wettbewerb erfordert für die internationalen Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen einen starken Multilateralismus mit den Vereinten Nationen an der Spitze. Um Synergien zu nützen und Duplikationen zu vermeiden, sollte eine engere Koordination mit der NATO erfolgen; der Dialog und die Kooperation mit allen internationalen Partnern zur Bewältigung von COVID-19 sowie Koordination mit Partnern vor Ort bei den GSVP-Missionen und -Operationen ist zu suchen.²⁴ Nicht zuletzt als sichtbarer Ausdruck dieser Absicht wohnten an einem Teil der Konferenz der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sowie der UN Under-Secretary General for Peace Operations Jean-Pierre Lacroix bei. Diese berichteten über die Anstrengungen in ihren Organisationen sowie diskutierten Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Zuge der Pandemiebekämpfung.²⁵

Eine der fünf Lessons Learned betraf die *Permanente Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation/PESCO)* der EU. Diese auf der 2016 herausgegebenen *EU Globalstrategie für Außen und Sicherheitspolitik* fußende Initiative spiegelt die damit verbundenen gesteigerten sicherheitspolitischen Ambitionen der EU wider. Mit dem Ziel angetreten, die Europäischen Verteidigungsausgaben effizienter zu gestalten und die strategische Autonomie zu erhöhen, stimmten im Dezember 2017, 25 EU-MS darin überein, „ehrgeizigere und verbindlichere gemeinsame Verpflichtungen“ einzugehen.²⁶ Die

²⁴ European External Action Service: COVID-19, Lessons and Implications for EU Security and Defence (May 2020). https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/factsheet-covid-19_lessons.pdf, abgerufen am 26.08.2020.

²⁵ European Council, Council of the European Union: Video conference of defence ministers (12 May 2020). <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2020/05/12/>, abgerufen am 26.08.2020.

²⁶ European Parliament, Think Tank: Permanent structured cooperation (PESCO): Beyond establishment (09 March 2018). [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI\(2018\)614739](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2018)614739), sowie Bundesministerium der Verteidigung: PESCO: Fragen und Antworten. <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/europaeische-sicherheit-und-verteidigung/pesco-fragen-und-antworten-43030>, abgerufen am 06.09.2020.

von der Europäischen Verteidigungsagentur im *Capability Development Plan* identifizierten Fähigkeitslücken sollen einerseits durch organisatorische und andererseits durch ausrüstungstechnische Maßnahmen geschlossen werden. Bis dato wurden 46 Projekte ausgewählt, welche insgesamt auch für die Bekämpfung einer Pandemie von Relevanz sein können. Die vom *Wissenschaftlichen Dienst des EU-Parlaments* herausgegebene Darstellung (siehe Abbildung 3) leistet dazu einen Überblick²⁷. Inwiefern hier alle angeführten Projekte unmittelbar für die Bekämpfung einer Pandemie relevant sind, kann aus Sicht des Autors kritisch hinterfragt werden. Zweifellos gilt jedoch, dass einige Initiativen, wie u.a. das von Deutschland geführte Projekt zum Aufbau eines europäischen Sanitätskommandos (*European Medical Command/EMC*), wertvolle Unterstützung in einer Krise außergewöhnlichen Ausmaßes leisten könnten. Dieses mit Einsatzbereitschaft im Jahr 2021 geplante Kommando soll beispielsweise bei der Koordinierung militärmedizinischer Ressourcen, der Gewinnung eines gemeinsamen militärmedizinischen Lagebildes, der Beschaffung kritischer medizinischer Ressourcen oder der Harmonisierung nationaler medizinischer Standards einen Beitrag leisten.²⁸

Obleich PESCO ein Vorzeige-Projekt der EU darstellt und auch bei der Bekämpfung einer Pandemie von Nutzen wäre, gibt es pessimistische Stimmen, welche insgesamt schwierige Zeiten für die GSVP voraussehen. Sie hatte mit der EU-Globalstrategie eine Stärkung und neue Dynamik erfahren. Mehr an strategischer Autonomie zu gewinnen und Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen, lautete das übergeordnete Ziel. Initiativen wie PESCO, die Schaffung des *Militärischen Planungs- und Durchführungsstabes* (*Military Planning and Conduct Capability/MPCC*) zur selbständigen Führung nicht exekutiver Einsätze, die *Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung* (*CARD*), der *Europäische Verteidigungsfonds* (*EVF*) oder sogar die Schaffung eines eigenen Generaldirektorats *Verteidigung, Industrie und Weltraum* (*Defence, Industry and Space/DEFIS*) unter der Kommissionspräsidentin Ursula von der

²⁷ Anm.: Im linken Teil ist der Bereich der Unterstützung dargestellt, rechts finden sich die Anzahl der teilnehmenden MS am Projekt und ihre Bezeichnung wieder.

²⁸ European Parliamentary Research Service, Latici Tania: The role of armed forces in the fight against coronavirus (April 2020). [https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI\(2020\)649401_EN.PDF](https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI(2020)649401_EN.PDF), abgerufen am 26.08.2020.

Leyen wurden beispielsweise auf den Weg gebracht. Nunmehr scheinen jedoch die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Pandemie für eine andere Gewichtung und beträchtliche Verringerung der Mittel zu sorgen.²⁹ Beispielsweise waren im Zuge der Budgetverhandlungen 2021-2027 für das PESCO-Projekt *Militärische Mobilität* im Entwurf von Mai 2018 noch 6,5 Mrd. Euro vorgesehen. Angesichts der Anstrengungen der Kommission, einen Aufschwung der Wirtschaft einzuleiten, ist nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs der EU vom 21. Juli 2020 nur mehr die Summe von 1,5 Mrd. Euro vorgesehen. Was den Europäischen Verteidigungsfonds³⁰ betrifft, so lagen ursprünglich die vorgesehenen Mittel bei 13 Mrd. Euro, nunmehr sanken diese auf 7 Mrd. Euro.³¹ Es muss insofern befürchtet werden, dass die Bereitschaft der EU, sich mit Krisen in ihrer Nachbarschaft auseinanderzusetzen, sinkt. Dies – so eine Analyse – könnte „den relativen Niedergang der Union als Weltmacht beschleunigen, wenn ihre Erholung langsam und durch langwierige Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten über die angemessene wirtschaftliche Reaktion auf die Krise erfolgt“.³²

²⁹ Wilfried Martens Center for European Studies: The EU's Security and Defence Policy: The Impact of the Coronavirus (April 2020). <https://martenscentre.eu/publications/eus-security-and-defence-policy-impact-coronavirus>, abgerufen am 07.09.2020.

³⁰ Anm.: Dieser bezweckt, wettbewerbsfähige Kooperationsprogramme im Bereich der Verteidigung über den gesamten Entwicklungszyklus finanziell zu unterstützen.

³¹ Carnegie Europe: EU Security and Defense Challenges: Toward a European Defense Winter? (June 11, 2020). <https://carnegieeurope.eu/2020/06/11/eu-security-and-defense-challenges-toward-european-defense-winter-pub-82032>, abgerufen am 07.09.2020; sowie Friedrich Naumann Foundation: EU Budget 2021-2027: What's in It for Europe's Defence? (August 6, 2020). <https://fnf-europe.org/2020/08/06/eu-budget-2021-2027-whats-in-it-for-europes-defence/>, abgerufen am 27.09.2020.

³² <https://martenscentre.eu/publications/eus-security-and-defence-policy-impact-coronavirus>, abgerufen am 07.09.2020.

Ausgewählte PESCO-Projekte mit Relevanz für die Bekämpfung einer Pandemie

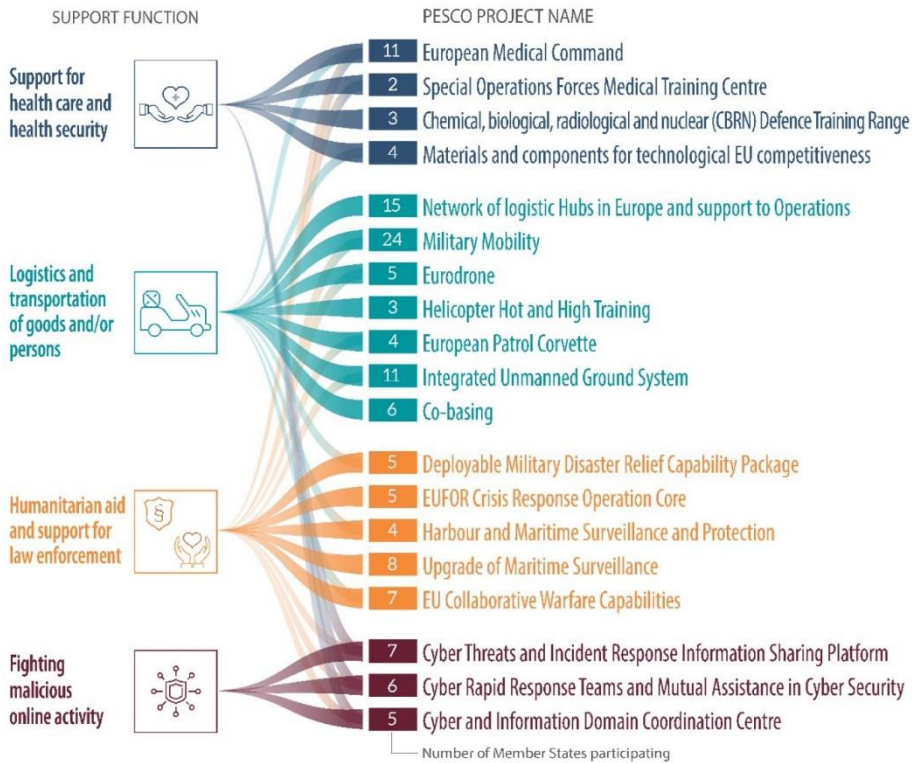


Abb. 3: “PESCO projects relevant for dealing with pandemics (non-exhaustive)”, in “The role of armed forces in the fight against coronavirus” European Parliamentary Research Service, p.5. [https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI\(2020\)649401_EN.PDF](https://www.coemed.org/files/Branches/FHP/COVID19page/20200617_Annex%201_EPRS_BRI(2020)649401_EN.PDF), abgerufen am 26.08.2020.

Das Phänomen Desinformation

Der in den letzten Jahren zunehmend konfrontativer ausgetragene geopolitische Wettstreit, führte in der EU zu einer Stärkung der internen und externen Kommunikation. Mit dem im Dezember 2018 herausgegebenen

*Aktionsplan gegen Desinformation*³³ – als Teilaspekt im Kampf gegen hybride Bedrohungen – wurde Desinformation als Bedrohung für die EU politisch anerkannt sowie auch organisatorisch eine Reihe von Maßnahmen zur Abwehr auf den Weg gebracht. Diese in Form von vier Säulen dargebrachten Überlegungen beinhalten:

- Säule 1: Desinformation erkennen, untersuchen und enthüllen, u.a. durch personelle Stärkung der sog. *Taskforce Strategische Kommunikation* bzw. *Strategische Kommunikation Süd und Westbalkan*;
- Säule 2: mehr koordinierte und gemeinsame Maßnahmen gegen Desinformation, u.a. durch Einrichtung eines technologischen Frühwarnsystems;
- Säule 3: Mobilisierung des Privatsektors (Online-Plattformen, Werbebranche) bei der Bekämpfung von Desinformation durch Umsetzung eines Verhaltenskodex;
- Säule 4: Sensibilisierung der Gesellschaft und Ausbau ihrer Widerstandskraft u.a. durch Einbindung der Zivilgesellschaft und aktivem Engagement von z.B. Faktenprüfern und Wissenschaftlern.

Gleichsam als Basis für die vier Säulen dient die Erkenntnis, dass Meinungsfreiheit und freie und pluralistische Medien entscheidend für die Resilienz der Gesellschaft sind.

Parallel mit dem Auftreten der Epidemie veröffentlichten insbesondere die sozialen Medien eine Unmenge an Informationen zum Entstehen, politischen Nutzen, Umgang sowie der Gefährlichkeit von COVID-19. Desinformation spiegelte sich damit konsequenterweise auch in den politischen Er-

³³ Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Aktionsplan gegen Desinformation (5. Dezember 2018). https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/aktionsplan_gegen_desinformation.pdf, abgerufen 31.08.2020.

örterungen der Außenminister³⁴ als auch der Verteidigungsminister³⁵ wider. Als politische Reaktion auf Desinformation erfolgte mit 10.06.2020 eine gemeinsame Mitteilung³⁶ der EK an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Ziele waren, sichtbar gewordene Probleme aufzuzeigen, eine unmittelbare Reaktion zu setzen sowie dabei bereits getroffene als auch geplante Maßnahmen darzustellen.

Seitens der WHO wurde in Anlehnung an die Unmenge von Informationen sogar der Begriff der *Infodemie* geprägt. Eine Lehre der EU in der Krise war, u.a. Informationen hinsichtlich des Inhaltes in die Kategorien „schädlich“ und „illegal“ zu unterteilen und adäquate Reaktionen zu setzen. Einen nicht zu unterschätzenden Faktor stellten Falschmeldungen dar. Beispielsweise wurde die „Sensationsmeldung“ verbreitet, dass Chlorbleiche gegen Corona helfe. So meldete z.B. die belgische Giftzentrale in der Folge um 15% mehr Unfälle mit Chlorbleiche. Wenngleich solch ein Inhalt nicht illegal ist, stellt er eine Gefahr für die Menschen dar und beeinträchtigt die Anstrengungen der Behörden. Die Aufbereitung von verlässlichen und leicht zugänglichen Gesundheitsinformationen durch Behörden, Journalisten, Plattformen sowie Faktenprüfern als auch der Zivilgesellschaft vermag dem wirksam entgegenzutreten zu können.³⁷ Eine weitere Behauptung bezog sich auf die Weiterverbreitung von Corona über den Mobilfunkstandard 5G. Dies führte u.a. zu öffentlicher Gewalt im Wege von Anschlägen auf die Telekommunikationsinfrastruktur.

Im Internet und in sozialen Medien waren außerdem ethnische oder religiöse Schuldzuweisungen im Kontext der Entstehung der Pandemie feststellbar. Diese Entwicklung ging mit einer Zunahme von fremdenfeindlichen und an-

³⁴ European Council, Council of the European Union: Video conference of foreign affairs ministers, 23 March 2020 (23 March 2020). <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2020/03/23/>, abgerufen 24.08.2020.

³⁵ Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union: Videokonferenz auf Ministerebene „Verteidigung“ (12. Mai 2020). <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/05/12/>, abgerufen am 28.08.2020.

³⁶ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020JC0008&from=DE>, abgerufen am 04.09.2020.

³⁷ Seitens der EK wurde im März eine Webseite eingerichtet, welche seitdem umfassende Informationen liefert. Diese Funktion erfüllte in Österreich beispielsweise der ORF mit der *Infopoint Coronavirus* Seite.

tisemitschen Inhalten Hand in Hand. Diese Beispiele tragen bereits das Potential in sich, öffentliche Gewalt bzw. Unruhen auslösen zu können, bzw. sind illegal. Neben der Aufklärung der Bevölkerung ist damit auch auf Rechtswidrigkeit zu prüfen und ggf. gegen die Verbreitung vorzugehen. Nicht zuletzt erhöhte sich auch die Anzahl an Fällen von Cyberkriminalität, bei denen eine bewusste Absicht zur Täuschung, Schädigung bzw. zum Erzielen eines wirtschaftlichen Gewinns vorlag. Dabei machten sich die Täter die gesteigerte Aufmerksamkeit der Bevölkerung und deren Verunsicherung zu Nutze.³⁸ Die drastische Lockdown-Situation bot darüber hinaus auch Akteuren außerhalb der EU, insbesondere Russland und China, einen günstigen Nährboden, das Vertrauen in staatliche Institutionen bzw. Internationale Organisationen zu untergraben, die Fragmentierung der Gesellschaft voranzutreiben sowie das eigene Image im Kontext von COVID-19 aufzubessern. Handelt es sich dabei um eine absichtliche Täuschung der Öffentlichkeit, wird von Desinformation gesprochen.³⁹

Insgesamt zählte die Medienbeobachtung der EK Hunderttausende Artikel bzw. Millionen Erwähnungen in den sozialen Medien und liefert regelmäßig eine Übersicht, in der Faktenprüfer Falschinformationen bzw. Desinformation aufdecken.⁴⁰ Zum Zeitpunkt des Erstellens dieses Artikels fanden sich beispielsweise in der Rubrik *Corona Desinformation* der EK folgende Beispiele für Falschinformationen wieder: Die angebliche Empfehlung der WHO,

³⁸ https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/fighting-disinformation/tackling-coronavirus-disinformation_de, abgerufen am 04.09.2020.

³⁹ Europäische Kommission, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 – Fakten statt Fiktion (10. Juni 2020). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020JC0008&from=DE>, abgerufen am 04.09.2020.

⁴⁰ Anm.: Darin wird eine übermäßige Menge an Informationen über ein Problem aufgelistet, welche gesundheitspolitische Maßnahmen durch Falschinformationen, Desinformationen und Gerüchte erschwert. Vgl. Weltgesundheitsorganisation, Regionalfür Europa: Gemeinsam gegen die Infodemie (29. Juni 2020). <https://www.euro.who.int/de/health-topics/health-emergencies/coronavirus-covid-19/news/news/2020/6/working-together-to-tackle-the-infodemic>, bzw. World Health Organization, Coronavirus disease 2019 (COVID-19) Situation Report – 45 (05 March 2020). https://www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/situation-reports/20200305-sitrep-45-covid-19.pdf?sfvrsn=ed2ba78b_4, abgerufen am 31.08.2020.

keine Mund-Nasenschutzmasken zu tragen; die Falschinformationen, dass ukrainische Soldaten nach einer US-Schutzimpfung verstorben wären, oder dass Russland eine Million Impfungen an Pakistan gesendet hätte bzw. dass Madonna bei einem Konzert 2019 COVID-19 vorausgesagt hätte.⁴¹

Ableitungen und Ausblick

Ungeachtet des noch nicht absehbaren Endes von COVID-19, können einige vorläufige Ableitungen gezogen werden: COVID-19 trat zu Beginn vorwiegend als Gesundheitskrise in den einzelnen Staaten zu Tage, deren Bewältigung von den jeweiligen nationalen Gegebenheiten und politischen Antworten geprägt war. Spätestens mit der Einstufung als *Pandemie* war jedoch selbstredend eine erhöhte Koordinierung von Nöten, da die Auswirkungen weltweit waren. Auch der dem IPCR zu Grunde liegende Gedanke der Solidarität weist auf diese erforderliche Bündelung von Kräften hin. Abgesehen von der Aufrechterhaltung laufender Aufgaben in der GSVP, erfüllten die Streitkräfte ausschließlich nationalstaatliche Aufgaben. Der vermehrte Austausch und das Teilen von bewährter Praxis unterstützten hierbei. Europäische Initiativen (z.B. PESCO) besitzen in Zukunft das Potential, die Reaktionsfähigkeit zu verbessern. Insgesamt trat infolge der Pandemie der globale politische Wettstreit noch deutlicher in Erscheinung. Dieser ging mit einer erhöhten Verbreitung von Desinformation einher. Deren Bekämpfung liegt primär in der Verantwortung der Nationalstaaten – wie auch die, anderer hybrider Bedrohungen. Desinformation kann jedoch Auswirkungen sowohl auf der nationalen als auch der europäischen Ebene haben und daher ist ein koordinierter Ansatz der MS auf Ebene der EU notwendig und zu begrüßen.

Mit 1. Juli 2020 übernahm Deutschland nach 13-jähriger Pause die Ratspräsidentschaft in der EU und passte im Zuge der veränderten Rahmenbedingungen seinen inhaltlichen Schwerpunkt an. Angesichts der großen Herausforderungen – vor allem der Bewältigung wirtschaftlicher, coronabedingter Sekundärfolgen – tritt es für ein starkes Europa in der Welt ein. Resilienz sowie insbesondere die Fähigkeit zu handeln (*ability to act*) sieht es als Grund-

⁴¹ European Commission: EU Science Hub, COVID-19 media surveillance (27 August 2020). <https://ec.europa.eu/jrc/en/science-update/covid-19-media-surveillance-27-august-2020>, abgerufen am 31.08.2020.

voraussetzungen dafür an.⁴² Im Bereich der GSVP versucht Deutschland trotz der beschriebenen Kürzung budgetärer Mittel, Europa in seiner Rolle als globaler handlungsfähiger Akteur zu stärken. Vermochte die EU Globalstrategie der GSVP zu vielen Impulsen zu verhelfen, so ist nunmehr die Herausgabe eines neuen strategischen Grundlagendokuments beabsichtigt. Dieser sogenannte *Strategische Kompass* soll Klarheit über die zu erreichenden Ziele der GSVP schaffen und eine davon abgeleitete zivile und militärische Fähigkeitsplanung erlauben.

⁴² Bundesministerium der Verteidigung, Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Ein starkes Europa in der Welt (30. Juni 2020). <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/deutsche-eu-ratspraedentschaft-starkes-europa-271486>, abgerufen am 15.09.2020.